



### Solidarpakt für Familie

Schule – das  
schmeckt mir  
~~nicht~~

#### Öffentliches Forum mit

Gerda STUHLIK, Schulbürgermeisterin Freiburg  
Dr. NOWITZKI-GRIMM, Vernetzungsstelle Schulverpflegung  
Matthias FIOLA, Stv. Vorsitzender Landeselternbeirat  
Felix KIESELE, Vorsitzender des Landesschülerbeirats  
Heide SIMON, Vorsitzende örtl. Personrat  
Moderation: Sebastian BARGON, Hörfunkjournalist SWR

Schüler und Schülerinnen präsentieren  
dazu einen nahrhaften Beitrag



Deutscher  
Familien-  
Verband  
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Samstag, 25. April 2009, 10 Uhr  
Mensa der Vigelius Schulen  
Feldbergstr. 25a, Freiburg

#### Landesverbandstag

- ◆ Freiburg: Öffentliches Forum zu Ernährung an Schulen

#### Familie & Finanzen

- ◆ Deutsche Schulden steigen
- ◆ Familienreport 2009

#### Aktuelles

- ◆ Kinderwerte-Monitor
- ◆ 90 Jahre Frauenwahlrecht



## Editorial

*Liebe Leserin, lieber Leser,  
liebe Verbandsfamilien,*

*wer kennt sie nicht, die Sorgen und Nöte rund um das Thema „Essen“.  
In einem FACHFORUM werden sich Experten mit der Verpflegung von  
Schulkinder an den Ganztageschulen beschäftigen.*

*Es werden organisatorische, erzieherische und Ernährungsfragen  
angesprochen; darüber mehr am Samstag, 25. April in  
Freiburg beim öffentlichen*



**DFV - F O R U M:  
Schule - das schmeckt mir ~~nicht!~~**

*Weiter berichten wir über die Ergebnisse der Studie  
"Kinderwertemonitor 2008", wo sich zeigt, dass für unsere  
Kinder Freunde wichtiger sind als Geld. Auch auf  
Freundschaft, Geborgenheit und Vertrauen wird großen  
Wert gelegt; materielle Werte wie Geld und Besitz belegen  
hingegen die hinteren Plätze.*

*Bemerkenswert sind auch die demografischen Entwick-  
lungen in unserem Land: Es wird von höchster Lebenserwartung im  
Südwesten berichtet - diese wird durch eine überdurchschnittliche  
Zuwanderung gesichert.*

*Letztlich noch einen Blick auf das Frauenwahlrecht und die drei  
Wahlen in 2009: die Europa-, die Kommunal- und die  
Bundestagswahl, die uns jetzt bevorstehen. Gerade hier dürfen die  
Belange der Familien nicht ungehört bleiben und so werben wir sehr  
dafür, dass sich Frauen dafür zur Wahl stellen und sich alle Familien  
und Politiker/ innen dem Verbandsmotto aktiv verbunden fühlen:*

*... D F V - der Familie verpflichtet!*

*Herzlich willkommen am 25. April in Freiburg*

Uto R. Bonde

## Landesverbandstag 2009 in Freiburg

### Einladung zum Landesverbandstag 2009

Alle Eltern mit Schulkindern kennen die Sorgen und Nöte rund um das Thema „Essen an Schulen“. Viele organisatorische und erzieherische Fragen beschäftigten bereits ganze Elterngenerationen und viele Versuche sind mit viel Elan dazu gestartet worden. Nicht erst mit den Versuchen an den Ganztagesesschule im Lande wird der Einsatz von Eltern und Lehrkräfte daran strapaziert – was fehlt sind klare Regelungen von politischen Zuständigkeiten, Finanzierungen und Standards.

Es ist an der Zeit, jetzt vor den Landtagswahlen 2010 die Erfahrungen der betroffenen Eltern, Kindern, Lehrern und Schulträgern auszuwerten und ein schlüssiges Konzept von der Landespolitik einzufordern.

Eine öffentliche Diskussion aller Beteiligten ist notwendig, um aus den Erfahrungen der beteiligten Schüler, Eltern, Schulen und Trägern die richtigen Schlüsse zu ziehen und die notwendigen Rahmenbedingungen für die künftige Entwicklungen zu einem handlichen Konzept zu formulieren.

Unter dem DFV-Jahresmotto „Solidarpakt für Familie“ lädt der Landesverband ein am

**Samstag, 25. April in Freiburg**

Mensa der Vigelius Schulen, Feldbergstrasse 25 a  
in 79111 Freiburg ( Stadtteil Haslach )

von 10 Uhr bis 12 Uhr

zu einem

öffentlichen F O R U M

**Schule - das schmeckt mir ~~nicht~~**

**Betroffene Schüler/innen präsentieren dazu einen nahrhaften Beitrag**

Am FORUM nehmen teil:

Gerda STUCHLIK, Schulbürgermeisterin, Stadt Freiburg

Dr. NOWITZKI-GRIMM, Vernetzungsstelle Schulverpflegung Baden- Württemberg

Matthias FIOLA, stellv. Vorsitzender vom Landeselternbeirat Baden-Württemberg/Reutlingen

Felix KIESELE, Vorsitzender des Landesschülerbeirats

Heide SIMON, Personalrätin GHRS /Staatl. Schulamt Freiburg,

Moderation: Sebastian BARGON, freier Hörfunkjournalist beim SWR

Zu dieser öffentlichen Veranstaltung sind alle interessierten Eltern und Kommunalpolitiker/innen herzlich eingeladen. Kinderbetreuung bitte rechtzeitig anfragen!

Der Nachmittag ab 13.30 Uhr ist den Verbandsdelegierten der Orts- und Kreisverbände vorbehalten, die satzungsgemäß eine Delegiertenversammlung abhalten ( die Einladungen dazu sind bereits schriftlich den Vorständen zugestellt worden ). Hier wird über einen Leitantrag zur Schulverpflegung diskutiert.

Als Gast wird unser DFV-Bundesgeschäftsführer Siegfried Stresing aus der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle Berlin berichten. Gäste sind willkommen.

Der Landesvorstand freut sich, wenn Sie nach Freiburg kommen – vielleicht sprechen Sie auch andere Familien und Ihren Freundeskreis darauf an.

( Uto R. Bonde )

Landesvorsitzender



## Pressemitteilungen des DFV

### DFV unterstützt ein Verbot der Kinderpornographie im Internet – Presseerklärung vom 07.02.2009

Die Initiative des Deutschen Familienverbandes Baden-Württemberg zum Verbot von Kinderpornografie im Internet erhält landesweit die Unterstützung von weiteren Verbänden: Landfrauenverband Württemberg-Baden, Landesfamilienrat, Landesfrauenrat, Landesseniorenrat und Landesjugendring. Alle haben gemeinsam zum „Safer Internet Day 2009“ ein gesetzliches Verbot von Kinderpornografie im Internet gefordert, das auch die Bundesfamilienministerin anstrebt.

„Der im Grundgesetz verankerte Schutz von Kindern und Jugendlichen muss bei einer Abwägung Vorrang vor dem Anbieterschutz haben“, forderte wiederholt Uto R. Bonde, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Familienverbandes Baden-Württemberg.

Gefordert wird, dass gezielt die führenden Provider verpflichtet werden, solche Internetseiten nicht mehr anzubieten. Der Zugriff auf Internetseiten mit Kinderpornographie ist ein Verbrechen am Kind – dieses Verbrechen verstößt massiv gegen die Würde der Kinder und deren schutzbedürftige Entwicklung. Bei jugendgefährdenden und illegalen Angeboten aus dem Ausland stehen die Provider in der Pflicht.

Die Verbände verlangen neben dem Verbot durch die Bundesregierung auch nach dem Vorbild der skandinavischen Länder das Handeln der Landesregierung zu Gunsten der geschädigten Kinder, die von sexueller Gewalt betroffen sind.

Zu einer wirksamen Hilfe zählt auch eine dauerhafte Förderung der Kompetenz von Kindern, Jugendlichen und Eltern im Umgang mit neuen Medien und mit sensiblen Daten.

Nicht weniger dringend ist ein gut ausgestattetes institutionelles Hilfesystem. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die ausreichende und regelhafte Förderung insbesondere der Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen.

Beispielsweise sollte die Arbeit von Überwachungseinrichtungen wie „Klicksafe“ oder „jugendschutz.net“ dauerhaft abgesichert werden. Solche Einrichtungen überprüfen als gemeinsame Stellen der Länder jugendschutzrelevante Angebote im Internet, wirken auf die Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen hin und kooperieren mit Internet-Beschwerdenstellen im europäischen und außereuropäischen Ausland.

### Mehr Straßenbau anstatt Kinderförderung und Bildung?

Nach deutlichen Signalen der Koalitionsregierung zugunsten von Familienthemen melden sich jetzt innerhalb der Konservativen diejenigen, die dieser Familienförderung kritisch gegenüberstehen.

Uto R. Bonde für den Deutschen Familienverband (DFV) und Ulrich Kirchgäßner für den Familienbund der Katholiken der Erzdiözese Freiburg stellen bestürzt fest, dass sich in der christlich-demokratischen Union die Stimmen der familienpolitischen Widersprüche und Rückschritte häufen.

Nach einer dpa-Meldung hat sich der baden-württembergische Finanzminister Willi Stächele (CDU) am Wochenende gegen eine weitere Förderung von Kindertagesstätten und der Bildung junger Menschen ausgesprochen und stattdessen mehr Mittel im Konjunkturprogramm für den Straßenbau gefordert. Bemerkenswert sind auch die Bemerkungen des Stuttgarter Fraktionsvorsitzenden Stefan Mappus (CDU): „Man sollte sich fragen, ob alle Ausgaben sein müssen“, sagte Mappus dem Konstanzer „Südkurier“. Er stellte auch das erst 2007 eingeführte Elterngeld infrage – leider fehlt seine Aussage, was er den jungen Eltern alternativ anzubieten hätte, damit sie ihre Erziehungsaufgabe frei von wirtschaftlichen Zwängen bewältigen können.

Gleiches gilt auch für Volker Kauder, der am Sonntag beim Neujahrsempfang der Freiburger CDU „Kindertagesstätten eher als Anliegen für grüne Frauen“ herabwürdigte. Uns wäre es lieber gewesen, wenn das Bundeserziehungsgeld als Anerkennung der Erziehungsleistung weiterentwickelt worden wäre: Anhebung der Einkommensgrenze, Dynamisierung der Höhe, Verlängerung der Bezugszeit auf 3 Jahre.

„Es muss gefragt werden,“ so erklären beide Vorsitzende dieser Familienorganisationen in Baden-Württemberg, „welches Familienbild Grundlage solcher Aussagen ist und ob die CDU die Lebenswirklichkeit der größten Wählergruppe – den FAMILIEN – überhaupt ernst nimmt.“

Erschienen im „Sozialticker“ Januar 2009

## Presse und Pressemitteilungen des DFV

### Erklärung zum Vorschlag der Bildungsministerin Schavan, Top-Mitarbeiter aus Wirtschaftsunternehmen für den Schulunterricht freizustellen

*Vizepräsident fordert Versachlichung der Bildungsdiskussion*

(Berlin/Fulda). Auf seiner Sitzung in Fulda forderte das Präsidium des DFV einen sachlicheren und differenzierteren Umgang mit bildungspolitischen Fragen ein: „Die Diskussion über den Vorschlag der Bundesbildungsministerin Schavan, Top-Mitarbeiter aus Wirtschaftsunternehmen für den Schulunterricht freizustellen, zeigt den Familien vor allem eins: die Hilflosigkeit der gegenwärtigen Bildungsdebatte. Der Einsatz von Managern und Ingenieuren kann eine hervorragende Ergänzung zu einem guten Unterricht sein, aber er ist ganz sicher nicht die Antwort auf die personellen und strukturellen Engpässe an den Schulen. Kinder sind unser wichtigstes Zukunftskapital und haben eine Bildungspolitik verdient, die von sachlichen und differenzierten Argumenten geprägt sein muss – auf allen Seiten“, so der Vizepräsident des Verbandes und Vorsitzende des bildungspolitischen Ausschusses Uto R. Bonde.

Ein engerer Austausch zwischen Schulen und Wirtschaftsunternehmen kann den Schülern wichtige Impulse geben. Hierfür engagierte Top-Leute zu gewinnen, die den Schülern Begeisterung für das Arbeitsleben vermitteln, ist eine riesige Chance.

[www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de)

Praktiker aus der Wirtschaft sind aber keine Pädagogen. Der pädagogische Betrieb „Schule“ umfasst nicht nur die punktuelle Wissensvermittlung, sondern auch die dauerhafte und verlässliche Erziehung und Bildung unserer nachwachsenden Generation, und dazu gehören neben dem Vermitteln von Fakten auch die zeitaufwändigen Prozesse der Kompetenzentwicklung und des sozialen Lernens.

„Wer mehr und bessere Lehrer will, muss – wie jedes gute Unternehmen auch – frühzeitig eine vorausschauende Personal- und Nachwuchspolitik betreiben und gut qualifizierten jungen Menschen attraktive Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven anbieten, statt darauf zu setzen, dass konjunkturgeplagte Betriebe mit ihren besten Leuten einspringen. Hier rächen sich die bildungspolitischen Versäumnisse der vergangenen Jahre“, kritisiert Bonde.

Der Deutsche Familienverband warnt angesichts der Reaktionen auf den Schavan-Vorschlag auch davor, durch eine Diskussion zur Unzeit einem im Kern sinnvollen Anliegen zu schaden: „Hier wird Engagement kaputt geredet, statt gemeinsam zu überlegen, wie ein solcher Austausch aussehen und in der schulischen Organisation und den föderalen Bildungsstrukturen verankert werden kann. Wir brauchen eine durchdachte und fruchtbare Ergänzung zum Unterricht nicht eine Notlösung für den Lehrermangel“, fordert Verbandsvicepräsident Uto R. Bonde.

### Ist doch Ehrensache!

Die ARD greift in ihrer vierten ARD-Themenwoche vom 10. – 16. Mai 2009 unter dem Titel „Ist doch Ehrensache! Wie Menschen sich für die Gesellschaft engagieren“ das Thema „bürgerschaftliches Engagement“ in der ganzen Vielfalt seiner Erscheinungsformen auf. Gerade in Zeiten des Umbruchs und immer neuer Herausforderungen des Sozialstaates werden das Miteinander der Bürger und die gegenseitige Hilfe im Alltag immer wichtiger. Dabei geht es nicht nur um Ehrenamt und Wohltätigkeit, sondern um alle Aktivitäten in Vereinen, Parteien, Kirchen, Stiftungen, Bürgerinitiativen und die freiwillige Arbeit von Mäzenen und Initiatoren. Die ARD-Themenwoche will die notwendige Diskussion über den Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements

in unserer Gesellschaft anstoßen. Es geht um Projekte und Aktivitäten, sowie um Menschen, die für persönlichen Einsatz, Zivilcourage und gelebte Werte stehen.

Auch zur diesjährigen ARD-Themenwoche hat die ARD wieder einen

**Aktionstag am Samstag, dem 9. Mai 2009**

**Unter dem Titel: „Ist doch Ehrensache!“**

initiiert. Die vergangenen Aktionstage zu den ARD-Themenwochen 2007 „Kinder sind Zukunft“ und 2008 „Mehr Zeit zu leben – Chancen einer alternden Gesellschaft“ sind vielen noch in lebhafter Erinnerung, dem Publikum wie den aktiven Teilnehmern. Über 3.000 Artikel waren jeweils nach den Aktionstagen in der Presse erschienen und unsere Medienforschung konnte nachweisen, dass sie von der Bevölkerung aufmerksam wahrgenommen und überaus positiv bewertet wurden.

## TOP-Thema: Familien und Finanzen

### Freunde sind wichtiger als Geld

**K**inder in Deutschland legen großen Wert auf Freundschaft, Geborgenheit und Vertrauen; materielle Werte wie Geld und Besitz belegen hingegen die hinteren Plätze. Das sind die Ergebnisse der Studie "Kinderwertemonitor 2008".

Die Studie ermittelte die wichtigsten Wertevermittler für die 6- bis 14-Jährigen: ihre Eltern und die Familie.

Der Studie zufolge ist den Kindern das Thema Freundschaft am wichtigsten. Gestiegen sind ihre Bedürfnisse nach Geborgenheit und Ehrlichkeit. 58 Prozent der Kinder ist Geborgenheit "wichtig" oder "total wichtig", 2006 waren es noch 48 Prozent. Für Ehrlichkeit stieg der Wert um sechs Prozent als eine Folge "schwieriger wirtschaftlicher Zeiten" und "brüchig gewordener sozialer Beziehungen". Auch Zuverlässigkeit, Treue und Gerechtigkeit rangieren bei den Kindern weit oben. Geld, Ordnung und Durchsetzungsfähigkeit sind dem Nachwuchs hingegen nicht so wichtig.

**N**ach ihrem Verständnis von Freundschaft befragt stellten viele Kinder die Aspekte „Zusammenhalt“, „Vertrauen“ und „gegenseitiges Beschützen“ in den Mittelpunkt. Für Kinder zwischen 11 und 14 Jahren spielen die Freunde stärker eine Rolle als Bezugspersonen ein – etwa bei Trennungen der Eltern. Eine andere Frage bezog sich darauf, was Kinder mit Toleranz verbinden. Mehrheitlich verstehen sie darunter die „Gleichbehandlung aller Menschen unabhängig von ihrem Aussehen und ihrer Herkunft“.

98 Prozent der Kinder sehen in ihren Eltern Vorbilder für Werte, für 67 Prozent spielen auch die Großeltern und Verwandte eine große Rolle. Mit 60 Prozent gegenüber 50 Prozent im Jahre 2006 sind die Lehrer in ihrer Vorbildfunktion gestiegen. Auch die Kirche legte deutlich zu. Immerhin 19 Prozent der 6- bis 14-Jährigen sehen in ihr eine Vermittlungsinstanz – vor zwei Jahren waren es noch neun Prozent. Auf den unteren Plätzen rangieren Medien und Politiker.

Die Studie zeigt zudem eine hohe Bereitschaft der Kinder zu sozialem Engagement, die bei den Mädchen stärker ausgeprägt ist. Besonders die Bereiche „Tier- und Umweltschutz“ stiegen gegenüber dem ersten Wertemonitor an.

Nach ihren Ängsten befragt gaben viele Kinder neben der klassischen Furcht vor gefährlichen Tieren auch

zunehmend soziale Ängste an. "Die soziale Komponente ist etwas stärker ausgeprägt als noch 2006", sagte Gerd Brüne, Verlagsleiter der Geo-Gruppe. Angst vor schulischem Versagen werde immer häufiger mit Zukunftsängsten gekoppelt. Auch Verlustängste, etwa durch Scheidung der Eltern, sowie Angst vor Armut und Krankheit beschäftigen die Kinder immer häufiger.

Für die repräsentative Studie befragte das Marktforschungsinstitut Synovate Kids+Teens im Juni und Juli 2008 insgesamt 911 Kinder zwischen 6 und 14 Jahren und zum Teil auch deren Mütter.

### Deutsche Schulden steigen

**D**er deutsche Staat steht mit 1500 Milliarden Euro in der Kreide. Das sind 18.400 Euro pro Bürger. Diese Schuldenlast entspricht 67 Prozent der Wirtschaftskraft. Dabei darf sie eigentlich bei EU-Ländern 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten, schreiben die Maastrichter Verträge vor. Zwar bringt es Italien sogar auf 105 Prozent Schulden gemessen am BIP, doch es wird auch als möglicher erster EU-Pleitekandidat gehandelt. Mehr als drei Prozent Neuschulden pro Jahr darf aus-



serdem kein EU-Staat aufnehmen. Das ist keine willkürliche, sondern eine notwendige Bremsmarke. Sonst erdrückt die Last der Schuldenzinsen den Staat: 2008 zahlte Deutschland 68 Milliarden Euro nur an Schuldzinsen – 850 Euro pro Kopf. Pro Sekunde erhöhte sich der Schuldenberg um 474 Euro. Noch kein einziger Euro der Schulden, den das Land seit seiner Gründung aufnahm, ist getilgt.

Nimmt die Bundesrepublik im laufenden Jahr nun für die Konjunkturpakete rund 70 bis 80 Mrd. Euro neue Schulden auf, steigt die Gesamtschuld auf 1580 Mrd. – 19.268 Euro pro Kopf. Dafür zahlt sie dann 71 Mrd. Zinsen. Wenn der Zinssatz so bleibt. Steigt er, kostet jeder zusätzliche Prozentpunkt weitere 8,8 Mrd..

### Elternbeiträge für Krippen sinken drastisch

*Gute Nachricht für Kinder und Eltern in Freiburg: die Kinderbetreuung für die unter dreijährigen Kinder wird demnächst deutlich billiger. Eltern können bis zu 4000 Euro im Jahr sparen.*

**D**ass die Stadt Freiburg ihre Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren ganz erheblich ausbauen will, ist schon länger beschlossene Sache. Neu ist nun, dass ein Landesgesetz bald dafür sorgen wird, dass die Eigenbeiträge von Eltern, die ihre Kleinsten in so genannten Kinderkrippen oder Großpflegestellen betreuen lassen, ganz erheblich sinken werden – vermutlich in etwa auf die Hälfte der jetzigen Kosten. Da ein Ganztagesplatz für ein Kleinkind derzeit zumeist 500 bis 700 Euro im Monat kostet, dürfte das für manche Eltern Einsparungen von bis zu 4000 Euro im Jahr bringen.

**D**ie Hintergründe und Folgen der neuen Regelungen stellten Oberbürgermeister Dieter Salomon, die Bürgermeister Ulrich von Kirchbach (Soziales) und Otto Neideck (Finanzen) sowie Sozialamtsleiterin Marianne Haardt vor. Danach schreibt das neue Kindertagesbetreuungsgesetz des Landes fest, das voraussichtlich im Februar 2009 verabschiedet, aber rückwirkend zum 1. Januar in Kraft treten wird, dass die Kommunen die Einrichtungen für die Kleinkindbetreuung künftig mit 68 Prozent ihrer Betriebskosten bezuschussen müssen – ein ähnliches Prinzip wie bei den Kindergärten für die Drei- bis Sechsjährigen. Bisher zahlt die Stadt für Krippengruppen auf freiwilliger Basis 20 Prozent der Betriebskosten, das Land weitere 10 Prozent – und auch das nur für einen Teil der Plätze. Bei Bruttokosten von ungefähr 1000 Euro pro Ganztagesplatz und Monat gab es bislang also maximal 300 Euro Zuschuss – künftig sollen es fast 700 Euro sein.

Die 68-Prozent-Regel dreht die Verhältnisse um: Laut dem Referententwurf für das Gesetz, das im Februar verabschiedet werden soll aber vermutlich rückwirkend zum Jahresanfang gilt, liegt dann der Zuschussanteil bei knapp 700 Euro, der Elternanteil sinkt entsprechend. Bis September 2009 sollen nun mit den Trägern der Einrichtungen (zum Beispiel Kirchengemeinden und Elterninitiativen) einheitliche Richtlinien für die Betreuung von Null- bis Sechsjährigen ausgehandelt werden. Bis dahin, so Sozial-

amtsleiterin Marianne Haardt, werde man sich mit Übergangsregelungen behelfen. Allein im Haushaltsjahr 2009/10 gibt es Mehrkosten für die Stadt von 3 Millionen Euro.

Die Zeche zahlt weitgehend die Stadt. Zwar wird der bisherige Landeszuschuss in etwa verdreifacht und über die Stadt ausgezahlt – dazu leitet das Land zweckgebundene Landesgelder weiter. Trotzdem steigt der Förderanteil der Stadt von derzeit 20 Prozent der Betriebskosten auf fast das Doppelte. Im Haushaltsentwurf für die beiden Jahre 2009/10 hatte die Verwaltung schon 2,8 Millionen Euro extra für die Schaffung von 130 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kleinkinder vorgesehen. Bislang gibt es rund 1200



Plätze, das reicht für 20 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe. Das neue Landesrecht wird für die Stadt netto weitere 3 Millionen Euro an zusätzlichen Kosten in den beiden Jahren betragen. Und die Kosten werden weiter steigen – weil bis 2013 eine Betreuungsquote von 39 Prozent erreicht sein soll. Sozialdezernent Ulrich von Kirchbach: "Erzieher und Erzieherinnen müssen in den nächsten 20 Jahren wohl nicht wirklich Angst vor Arbeitslosigkeit haben."

## TOP-Thema: Familie und Finanzen

**D**er Familienreports 2009 ermittelte dass rund 40 Prozent der Alleinerziehenden - 660.000 Frauen und Männer mit mehr als einer Million Kindern - Leistungen nach Hartz IV beziehen.

Nur 2,6 Prozent der alleinerziehenden Hartz-IV-Aufstocker erhalten demnach eine Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder angeboten, obwohl mehr als 42 Prozent eine solche wünschten. Dringend gefordert werden mehr gute und verlässliche Kinderbetreuung, Ganztagschulen und kinder- und familienangepasste Arbeitsplätze. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise ist vor Einsparungen bei der Familienpolitik nur zu warnen, denn ohne Familienpolitik ist in Zukunft kein Staat mehr zu machen. Wenn Beruf und Familie nicht vereinbar

### Wert der Familie wächst

**D**en Umfragen im Familienreport zufolge wächst der Wert der Familie. 90 Prozent der Deutschen halten sie für wichtig. 50 Prozent der Befragten sind der Meinung, die Familienpolitik der Bundesregierung habe die Situation der Familien verbessert. Fünf Prozent sehen eine Verschlechterung. Ein Drittel (34 Prozent) hält die Situation für unverändert.

Dem Report zufolge bewerten die Deutschen die Familienpolitik überwiegend positiv. 73 Prozent schätzten das Elterngeld, 71 Prozent den Ausbau der Kinderbetreuung. 71 Prozent sind außerdem der Meinung, dass der Staat Familien stärker fördern müsse.

## www.dfv-baden-wuerttemberg.de

sind, kann die Wirtschaft in Deutschland schlicht „einpacken“. Gerade die Investitionen in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie in frühkindliche Bildung tragen dazu bei, Deutschland krisenfester zu machen; die Familien als die größte Gruppe von Verbrauchern und Arbeitnehmer im Lande leisten dazu ihren verlässlichen Beitrag.

Hier bezieht der DFV klare Position und fordert von der Bundesregierung, sich nicht auf den Grundfreibetrag zu beschränken, sondern auch den Kinderfreibetrag zu erhöhen. Noch immer kann ein Facharbeiter mit zwei Kindern nach Abzug von Steuern und Abgaben kaum noch das Existenzminimum seiner Familie aus seinem Nettoeinkommen bestreiten. Der Kinderfreibetrag, mit dem das sächliche Existenzminimum von Kindern von der Besteuerung freigestellt werden soll, wurde zu Jahresbeginn erstmals nach über sieben Jahren nur geringfügig auf 3.864 Euro erhöht. Dringend notwendig wäre auch, den Freibetrag für den Betreuungs-, Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf, der seit 2002 nicht an die Preisentwicklung angepasst wurde, zu erhöhen. Der Gesamtfreibetrag für Kinder liegt damit bei lediglich 6.024 Euro pro Kind und Jahr und damit schon jetzt deutlich unter dem Grundfreibetrag für Erwachsene.

Um Kinder steuerlich besser zu berücksichtigen, hatten sich die Unionsparteien bereits im Jahr 2005 für eine generelle Erhöhung der Steuerfreibeträge auf 8.000 Euro ausgesprochen und zwar für Kinder ebenso wie für Erwachsene.

Das war genau der richtige Weg, auf den die Politik wieder einschwenken muss. Jeder, der Kinder hat, weiß, dass die Kosten für seine Kinder ganz bestimmt nicht geringer sind als für den eigenen Lebensunterhalt – eher höher.



Seminare für werdende aber auch für gestandene Eltern. Geburtsvorbereitung, PEKiP-Gruppen, Spielgruppen, musikalische Förderung, Erziehungsworkshops, etc. – alles was Eltern wissen und können müssen.

Fordern Sie unser kostenloses Programm an!

**Eltern werden – Eltern sein e.V.**  
 Rennerstr. 4, 79106 Freiburg  
 Tel.: 0761 - 28 99 55  
[www.elternwerden-elternsein.de](http://www.elternwerden-elternsein.de)



## Antrag des DFV auf kostenfreie Kindergärten

### Kostenfreier Kindergartenbesuch

Der DFV-Bundesverbandstag 08 hat sich der Forderung des Landesverbandes angeschlossen und beschlossen, dass künftig das Angebot der Kindergärten für die Eltern kostenfrei sein soll. Dies gilt auch für Baden-Württemberg, das zum „Kinderland Nummer 1“ werden möchte. Diesem Ziel dient auch der Antrag der Landtagsabgeordneten, Brigitte Lösch, Grüne (DFV-Mitglied); sie fordert eine ordentliche Infrastruktur und eine fachlich gute, flächendeckende Kinderbetreuung mit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen sowie die Kostenfreiheit für den Kindergartenbereich. Dazu gehört auch der Ausbau der Angebote für Kinder unter drei Jahren, sowie die Einführung eines Rechtsanspruchs

„Ohne Nachwuchs keine Zukunft“ – auch wenn dies angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise leicht übersehen wird: die Nachwuchs-Frage stellt sich nicht in irgend einer fernen Zukunft, sondern schon heute!

Ralf Joas, Tageszeitung „Die Rheinpfalz“

auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr. Der aktuelle Personalschlüssel von 1,5 Erzieherinnen pro Gruppe sollte auf den EU empfohlenen Kind-Fachkraft-Schlüssel von 8 : 1 angehoben werden.

Die Experten der Fraktionen im Landtag waren sich ganz schnell einig, dass ein schneller Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren erheblich mehr zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und übrigens auch zur Vermeidung von Kinderarmut beitragen würde.

Allein die zu erwartenden Kosten wurden als „Totschlagargument“ verwendet, um diese Forderungen für die gemeinschaftliche Zukunftsperspektive Baden-Württembergs mehrheitlich zurückzuweisen.

## Dieter Baacke-Preis

*Herausragende medienpädagogische Projekte mit Kindern, Jugendlichen und Familien gesucht*

Mit dem Dieter Baacke-Preis zeichnet die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bundesweit beispielhafte Projekte aus, die in der Bildungs-, Sozial- und Kulturarbeit entstanden sind.

Bewerben können sich Institutionen, Initiativen oder Einzelpersonen, die innovative, originelle oder mutige Projekte zur Förderung einer pädagogisch orientierten Medienkompetenz durchführen. Das kann beispielsweise ein kreatives Internetprojekt in der Jugendarbeit sein, ein Kinderradioprojekt, ein Film- und Fernsehworkshop für Familien oder ein außergewöhnliches multimediales Fotoprojekt im Kindergarten. Im Zentrum der Preisvergabe steht nicht allein das Ergebnis, sondern auch der medienpädagogische Prozess.

Die Ausschreibung richtet sich an Projekte außerschulischer Träger (z.B. Jugendzentren, Kindergärten, Träger der Jugendhilfe oder der Familienbildung, Medienzentren und Medieninitiativen) und an Kooperationsprojekte zwischen schulischen und außerschulischen Trägern. Das Projekt sollte entweder

im Jahr 2008 oder bis zum 31. August 2009 abgeschlossen sein. Die Preisträger erhalten eine Zuwendung für ihre medienpädagogische Arbeit in Höhe von 3.000 Euro (1. Preis), 1.500 Euro (2. Preis), 500 Euro (3. Preis).

Bewerbungsschluss ist der 31. August 2009 (Poststempel).

Information/Anmeldung : [www.gmk-net.de/wettbewerb/dieter\\_baacke\\_preis.php](http://www.gmk-net.de/wettbewerb/dieter_baacke_preis.php)

Dieter Baacke (1934 - 1999) war Professor für Pädagogik an der Universität Bielefeld. Von 1984 - 1999 war er Vorsitzender der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK). Sein pädagogisch begründeter Begriff der Medienkompetenz inspiriert dauerhaft Wissenschaft, Praxis und Politik.

## Familienleben

### DFV kooperiert mit „mobile – der Familienladen“

Seit Jahresanfang gibt es in Freiburg ein neues Projekt für Eltern, die sich informieren wollen. Ein reichhaltiges Repertoire von Kinderbüchern, Literatur für Eltern, Spielen und pädagogischen Ratgebern in sehr kindgerecht gestalteten Räumlichkeiten lädt zum Verweilen, schmökern und gemeinsamem Spiel von Kindern und Eltern ein. Außerdem gibt es reichlich Angebote an Büchern und Broschüren zur Erziehungskompetenz, die überwiegend aus dem Freiburger Herder Verlag kommen – insbesondere die Herder-Elternzeitschrift „mobile“.

An der Eröffnung haben unter anderem der Verleger Herder und der DFV-Landesvorsitzende Uto R. Bonde teilgenommen.



Das große Bedürfnis der Familien nach Information und Unterstützung in Erziehungsfragen werden im Laden in Form von Büchern sowie Spiel- und Beschäftigungsmaterialien gestillt.

Auch der DFV ist mit seinen Medienprodukten und Angeboten der Geschäftsstelle vertreten. In Zukunft möchte der DFV an dieser Stelle gerne präsent sein, um auch ratsuchenden Eltern fachkundige Informationen zu vermitteln. Gerade bei Eltern mit Kindern im Alter zwischen 2 und 7 Jahren ist der Bedarf groß, neutral und fachkundig über die eigenen Rechte, z.B. bei Anträgen zu Mutter/Vater-Kind-Kuren, den Umgang mit Behörden in Familien- und Bildungsfragen und zu Gesundheitsfragen umfassend informiert zu werden.

Unsere Magazine „DFV Familie“ und „Familiennachrichten“ liegen dort aus und bieten vielfältigen Anlass zu Gesprächen mit anderen Familien.

Geplant sind auch themenbezogene Gesprächs- und Informationsrunden, an denen der DFV beteiligt sein wird. Um dem Bedürfnis der Eltern nach gegenseitigem Austausch nach zu kommen, ist im zentrumsnahen Laden im Greiffeneggring 2 auch ein kleines „Elterncafé“ eingerichtet; Auch für Erzieherinnen und Erzieher, interessierte Eltern und Pädagogen soll der Familienladen eine Anlaufstelle und Treffpunkt sein.

**mobile**  
Der Familienladen

### Landesfamilienpass und Gutscheinkarte 2009

Wie auch 2008 können berechtigte Familien mit dem Landesfamilienpass und der Gutscheinkarte 2009 insgesamt 22 mal die Staatlichen Schlösser und Gärten und die staatlichen Museen in Baden-Württemberg kostenfrei bzw. zu einem ermäßigten Eintritt besuchen. Bei jedem Besuch ist der entsprechende Gutschein einzulösen.



Zudem ist das Ministerium für Arbeit und Soziales wieder eine Kooperation mit der DB Region Baden-Württemberg eingegangen. Dies ermöglicht Familien günstigere Bahnfahrten mit dem Baden-Württemberg-Ticket. Ein entsprechender Flyer wird mit den Gutscheinen 2009 ausgelegt bzw. ausgehändigt. Einen Landesfamilienpass können erhalten:

- Familien mit mindestens drei kindergeldberechtigten Kindern, die mit ihren Eltern in häuslicher Gemeinschaft leben;
- Familien mit nur einem Elternteil, die mit mindestens einem kindergeldberechtigten Kind in häuslicher Gemeinschaft leben;
- Familien mit einem kindergeldberechtigten schwerbehinderten Kind.

Für die Ausgabe des Landesfamilienpasses für das Jahr 2009 gilt folgende Regelung:

Die Gutscheinkarten 2009 werden an die bisherigen Inhaber der Landesfamilienpässe (unbedingt mitbringen) ohne neuen Antrag ausgegeben. Um eine missbräuchliche Benutzung der Gutscheinkarte auszuschließen, ist – entsprechend der bisherigen Praxis – bei Abholung einer neuen Gutscheinkarte durch Familien, die bereits einen Pass besitzen, die fortdauernde Berechtigung nachzuweisen (z.B. Kontoauszug mit der Kindergeldbuchung), soweit dies nicht offenkundig ist.

## Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

### Vor 90 Jahren Einführung des Frauenwahlrechts

#### *Im Jahr 2009 drei Wahlen in Baden-Württemberg*

Im Jahr 2009 stehen in Baden-Württemberg drei Wahlen an: die Europa-, die Kommunal- und die Bundestagswahl. Im Hinblick auf die Präsenz von Frauen in den Parlamenten kann dieses Wahljahr mit einigem Optimismus betrachtet werden, denn in den letzten Jahren haben sich die Frauenanteile in den Parlamenten sehr dynamisch entwickelt. So hat sich beispielsweise der Frauenanteil in den Gemeinderäten seit 1984 mehr als verdoppelt.

Andererseits sind heute noch Frauen in den Parlamenten unterrepräsentiert.

Vor 90 Jahren erhielten die Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht. Auf den 12. November 1918 datiert die »Geburtsurkunde« des Frauenwahlrechts. Am 19. Januar 1919, bei der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung, konnten Frauen in Deutschland erstmals das passive und aktive Wahlrecht ausüben.

Die Ergebnisse der Wahlstatistiken zeigen nach Angaben des Statistischen Landesamtes, dass Frauen bis heute ihr Wahlrecht nicht im gleichen Maße wie Männer nutzen, dies gilt sowohl für das passive als auch für das aktive Wahlrecht. Obwohl die Frauen bei den Wahlberechtigten in der Mehrheit bilden – in Baden-Württemberg mit 52 Prozent gegenüber 48 Prozent Männern – sind sie in den Parlamenten nach wie vor stark unterrepräsentiert. Im Landtag von Baden-Württemberg liegt der Frauenanteil bei knapp 24 Prozent, in den Gemeindeparlamenten des Landes bei 21 Prozent, in den Kreistagen lediglich bei 15 Prozent. Für Baden-Württemberg zeigt sich somit noch einiger Nachholbedarf. Im Deutschen Bundestag liegt der Frauenanteil bei knapp 32 Prozent, im EU-Parlament bei 30 Prozent.

Dies liegt teilweise an einer geringeren Anzahl von Bewerberinnen, wie auch an der niedrigeren Wahlbeteiligung der Frauen.

Die unterdurchschnittliche Präsenz von Frauen im Landtag und in den Kommunalparlamenten ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass sich weniger Frauen als Männer um ein Mandat bewerben: So lag beispielsweise bei der Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg der Anteil der Frauen an den Bewerbern bei lediglich 20 Prozent, bei den Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg waren unter den Kandidaten 28 Prozent Frauen. Die These, Frauen würden seltener als Männer gewählt, lässt sich

hingegen nicht durchgängig bestätigen. Bei den Gemeinderatswahlen 2004 war diese Annahme zutreffend, denn unter den Kandidaten waren zwar 28 Prozent Frauen, von den Gewählten jedoch nur noch 21 Prozent. Bei der Landtagswahl 2006 waren Frauen hingegen erfolgreicher als Männer: hier lag der Frauenanteil an den Bewerbern bei 20 Prozent, unter den Gewählten jedoch bei 24 Prozent. Nicht nur beim passiven, auch beim aktiven Wahlrecht gibt es für Frauen noch Nachholbedarf. Nach wie vor liegt die Wahlbeteiligung der Frauen etwas niedriger als die der Männer. 2005 beteiligten sich an der letzten Bundestagswahl zwar über 76 Prozent der baden-württembergischen Männer, aber nur knapp 74 Prozent der Frauen.

### Internetangebot zu den Kommunalwahlen

Im Rahmen ihres Jahresschwerpunktthemas „2009 – Wählen gehen!“ präsentiert die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) ein neues Internet-Portal zur Kommunalwahl am 7. Juni 2009. Umfassende Informationen zu den Aufgaben von Gemeinden und Kreisen, zum Wahlrecht und bisherige Wahlergebnisse stehen im Mittelpunkt des Angebots. Es ist ab sofort unter [www.kommunalwahl-bw.de](http://www.kommunalwahl-bw.de) im Internet abrufbar. Hinweise auf aktuelle Publikationen und eine umfangreiche Linkliste runden die Themenpalette ab.



**Sind Familien Ihre Zielgruppe?  
Dann wäre vielleicht eine  
Anzeige hier das Richtige!**

**Infos anfordern! Fon: 0761 - 470 27 95**



## Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

### Jüngste Bevölkerung und höchste Lebenserwartung im Südwesten

*Baden-Württemberg profitiert seit Jahrzehnten von einer überdurchschnittlichen Zuwanderung*

**B**aden-Württembergs Bevölkerung hatte zum Jahresende 2007 mit 42 Jahren das niedrigste Durchschnittsalter unter den 16 Ländern Deutschlands. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes lag der Altersdurchschnitt um knapp ein Jahr niedriger als in Deutschland insgesamt (42,9 Jahre). An zweiter Stelle folgen Hamburg und Bayern (jeweils 42,2), gefolgt von Berlin (42,5) und Nordrhein-Westfalen (42,6). Insbesondere in den neuen Bundesländern ist die Bevölkerung im Schnitt deutlich älter. Am höchsten liegt der Altersdurchschnitt in Sachsen-Anhalt mit 45,5 Jahren.

Zudem hat Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich die höchste Lebenserwartung Neugeborener. Ein neugeborenes Mädchen kann heute in Baden-Württemberg auf eine durchschnittliche Lebenserwartung von rund 83 Jahren hoffen, ein neugeborener Junge auf etwa 78 Jahre. Das sind für Jungen 1,4 Jahre und für Mädchen knapp 1 Jahr mehr als im Durchschnitt aller Bundesländer (Jungen: 76,6 Jahre, Mädchen: 82,1 Jahre). Die niedrigste Lebenserwartung haben die neugeborenen Jungen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit 74,5 Jahren und die Mädchen im Saarland mit 80,8 Jahren.

Jahren immer stärker dem Durchschnitt der Bundesländer angeglichen. Im vergangenen Jahr lag der Wert sowohl in Baden-Württemberg als auch in Deutschland bei jeweils 1,37 Kindern pro Frau.

### Radio bleibt auch im Internetzeitalter für Jugendliche interessant

*Über die Hälfte der Jugendlichen hört täglich Radio*

**D**as Radio hat auch in der heutigen Multimedia-Welt einen hohen Stellenwert bei Jugendlichen. Fast drei Viertel der 12- bis 19-Jährigen (72 %) hören mindestens mehrmals pro Woche Radio, jeder Zweite schaltet täglich das Radio ein. Dies sind weitere Vorübergebnisse der repräsentativen „JIM-Studie 2008“ des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest.

Musik hat für Jugendliche eine zentrale Bedeutung, die potentiellen Zugangswege zu Musik sind heute so vielfältig wie nie zuvor. Im Alltag dominiert das Radio, das von 53 Prozent der Jugendlichen täglich zum Musikhören verwendet wird, an zweiter Stelle folgt mit 46 Prozent der MP3-Player vor dem Computer (37 %). Einen großen Bedeutungszuwachs hat das Handy zu verzeichnen: über ein Viertel der Jugendlichen (27 %) hört jeden Tag mit dem Mobiltelefon Musik. Ein klassischer CD-Player wird nur noch selten verwendet, hier scheinen andere Abspielmöglich-

[www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de)

Jüngste Bevölkerung und höchste Lebenserwartung - diese günstige Situation in Baden-Württemberg ist ganz überwiegend auf die starke Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen. Denn die Zuziehenden sind im Schnitt etwa 10 Jahre jünger als die bereits hier lebende Bevölkerung und bewirken dadurch einen gewissen »Verjüngungseffekt«. Allein seit 1991 sind per Saldo 750 000 Menschen nach Baden-Württemberg gezogen. Bezogen auf die Einwohnerzahl sind das im Südwesten immerhin 73 je 1 000 Einwohner, in Deutschland liegt dieser Wert lediglich bei 52 je 1000 Einwohner.

Dagegen spielt die Geburtenhäufigkeit für das relativ niedrige Durchschnittsalter der baden-württembergischen Bevölkerung nur eine untergeordnete Rolle. Die durchschnittliche Anzahl der Kinder je Frau im Land war in der Vergangenheit nur unwesentlich höher als im Bundesdurchschnitt und hat sich in den letzten

keiten, wie die Nutzung des Computers mit Wiedergabeliste und Favoriten bzw. das Überspielen auf den MP3-Player, attraktiver zu sein. Inzwischen besitzen 86 Prozent einen eigenen MP3-Player. Er hat nach dem Handy die zweitgrößte Verbreitung unter Jugendlichen. An dritter Stelle folgt das eigene Radio, das gut drei Viertel (77 %) der Jugendlichen besitzt. Über ein Drittel der jugendlichen Radionutzer hört nach eigener Einschätzung heute intensiver Radio als vor einem Jahr, was überwiegend mit einem gesteigerten Interesse an den Radioinhalten begründet wird, vor allem bei jüngeren Nutzern. 42 Prozent geben an, ihre Radionutzung innerhalb des letzten Jahres nicht verändert zu haben. Allerdings hat sich die Bedeutung des Begriffs „Radio“ verändert. Darunter ist nicht nur der klassische Übertragungsweg gemeint, sondern zunehmend auch der Empfang über das Internet.

## Neues zu Medien und Internet

### Sorgloser Umgang mit persönlichen Informationen im Internet

#### *Kommunikation für Jugendliche am wichtigsten*

Jugendliche verbringen nach eigener Schätzung fast die Hälfte ihrer Nutzungszeit im Internet mit „Kommunikation“, der Rest verteilt sich fast gleichmäßig auf die Bereiche „Information“, „Spiele“ oder auf Unterhaltungsangebote wie Musik, Videos bzw. Filme. Besonders intensiv werden Online-Communities wie „schülerVZ“ genutzt, dort und auch sonst im Internet hinterlassen die Jugendlichen in großem Umfang persönliche Spuren. Das sind Ergebnisse der JIM-Studie 2008.

Fast drei Viertel der 12- bis 19-Jährigen Internet-Nutzer haben inzwischen Erfahrungen mit Online-Communities gemacht, 41 Prozent besuchen diese Plattformen täglich, weitere 16 Prozent mehrmals pro Woche. Von den täglichen Nutzern schaut sich die Hälfte sogar mehrmals am Tag in der Community um. 45 Prozent der Jugendlichen waren schon einmal bei „schülerVZ“, mit Abstand folgen Angebote wie „studiVZ“ (12 %), „MySpace“ (10 %) oder „ICQ“ (7 %). Ob auf Plattformen wie „schülerVZ“ oder auf der eigenen Homepage – Jugendliche gehen recht unbedarft mit persönlichen Angaben im Internet um. Drei Viertel der Internetnutzer haben Informationen zu ihren Vorlieben oder Hobbies online gestellt. Weit verbreitet ist auch Bild- oder Fotomaterial, auf dem die Befragten selbst zu sehen sind (60 %) oder Freunde bzw. Familienmitglieder (46 %). Auch die eigene Email-Adresse ist bei mehr als 40 Prozent im Internet einsehbar, knapp ein Drittel hat die Nummer ihres Instant Messengers eingestellt. Mehr Zurückhaltung gibt es bei Handy- oder Festnetznummern, die von nur sieben Prozent der Jugendlichen angegeben werden. Mädchen präsentieren häufiger als Jungen Bilder von sich und Dritten im Netz, Jungen geben zu einem größeren Anteil die Email-Adresse oder die Nummer für Instant Messaging preis.

Fragt man, wer Zugang zu diesen persönlichen Daten hat, so bestätigen 34 Prozent, dass diese ungeschützt für alle Internetnutzer einsehbar sind. 61 Prozent geben an, dass nur „Freunde“ an diese Informationen gelangen können.

Allerdings stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der Definition von „Freunden“. Zwar geben fast alle Jugendlichen an, dass es sich hierbei um Freunde handelt, die sie „richtig“ und nicht aus dem

Internet kennen würden, allerdings ist zu vermuten, dass das „richtig kennen“ von den Jugendlichen sehr weit gefasst wird. Im Rahmen einer Zusatzbefragung zur JIM-Studie 2008 hatten die Nutzer von Online-Communities im Schnitt etwas mehr als 70 „Freunde“, Mädchen sogar um die 90. Es dürfte sich also eher um Bekannte oder Freunde von Freunden handeln und weniger um engere Beziehungen, wie sie der Ausdruck „Freund“ eigentlich impliziert.



### 'Handysektor' erweitert Informationsangebot um den Flyer 'FERTIGMACHEN ist TABU'

*Dieser Flyer im Comic-Stil bietet vor allem Jugendlichen Anregungen gegen Mobbing per Handy*

Das Projekt [www.handysektor.de](http://www.handysektor.de) wird gemeinsam von der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) ([www.lfm-nrw.de](http://www.lfm-nrw.de)) und dem Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest (mpfs) getragen. Martin Pinkerneil leitet das Projekt. Das Online-Angebot informiert Jugendliche wie auch Eltern und Pädagog(inn)en über Risiken der mobilen Kommunikation und Mediennutzung, erklärt technische Begriffe und gibt Tipps, wie Handys sicher genutzt werden können. Durch die altersgerechte Aufbereitung und Vermittlung von aktuellen Informationen werden Jugendliche in der Nutzung der mobilen Netze beraten und unterstützt, aber auch auf mögliche Gefahren hingewiesen.

<http://www.lfk.de> und <http://www.mpfs.de>



## Neues aus den Kreis- und Ortsverbänden

### ORTSVERBAND FREIAMT

Die Vorbereitungen für unsere 8. Kinder- und Jugendbuchausstellung vom 21.-27. März 2009, jeweils von 14 – 18 Uhr, laufen auf Hochtouren.

In der darin integrierten Lesenacht am 20. März lädt „der kleine Vampir“ 8- bis 10-jährige auf die „Ruine Schlotterstein“ ein. Ein kulturelles Programm mit „Bertl und Fritz“ am 22. März um 15 Uhr, verspricht allen Familienmitgliedern Spannung und Freude bei:

**„Hexa Flora Flicki Flacki Meck meck“.**

Am Dienstag, den 24. und Mittwoch den 25. März, jeweils von 15 – 16 Uhr sind alle Kinder zu einer Vorlesestunde in die „Lesegrufte“ eingeladen.

Bei der großen Buchausstellung im verwandelten Kurhaussaal kann ausgiebig geschmökert, bestellt und gekauft werden.

Am Mittwoch, 29. April 2009 findet unsere Jahreshauptversammlung mit Wahlen statt. Die weitere Verbandsarbeit hängt maßgeblich von neuen Ideen und der Unterstützung durch unsere Mitglieder ab. Deshalb bitten wir um zahlreiches Erscheinen um 20 Uhr im Gasthaus „Hintere Höfe“.

Mangels Interesse an Käufern in den letzten Jahren findet kein Frühlings-Kindersachenflohmarkt statt.

Heidi Reinbold

### ORTSVERBAND RADOLFZELL

#### Spende für Bücherstube

Mit einer Spende von 700 Euro hat der OV Radolfzell die neue Lesestube in der Ratoldusschule unterstützt. Dort wurde ein Raum eingerichtet, der insbesondere den Kindern der Grundschule das Lesen näherbringen soll. Insgesamt investierte die Ratoldusschule 14.000 Euro in das Zimmer, das wahrlich Lust zum Schmökern machen kann. Sitz- und Liegemöglichkeiten laden zum Verweilen ein. Sogar zwei Betten und mehrere Sofas stehen dafür zur Verfügung. Finanziert wurde die Lesestube nach der Aussage des Schulleiters Reinhard Rabanser ausschließlich über Spenden und Sponsorengelder. So wurden Möbel teilweise von den 15- bis 17-jährigen Schülern einer Kooperationsklasse angefertigt. Verlage spendeten Bücher und die Sparkasse Singen-Radolfzell ermöglichte ebenfalls etliche Anschaffungen. Die un-



erwartete Geldspritze des Familienverbands möchte die Schulleitung für die Erweiterung des Buchbestandes nutzen.

Der Raum soll künftig für Unterrichtseinheiten und Vorlesungen genutzt werden. Aber auch nach der regulären Schulzeit dürfen die Kinder hier zum Buch greifen. Auch die Familien der Kinder sind eingeladen vorbeizukommen, um den Kindern etwas vorzulesen. Gleichwohl sieht man sich mit dem neuen Angebot in der Ratoldusschule nicht als Konkurrenz zur Stadtbibliothek. „Wir wollen Lesekompetenz und den pfleglichen Umgang mit Büchern vermitteln“, wurde bei der Eröffnung der Lesestube festgestellt.

Auch Autoren könnten dort künftig die eine oder andere Anekdote oder Geschichte zum Besten geben. Einen ersten namhaften Vorleser konnte der Schulleiter bereits engagieren – am 20. November hat Oberbürgermeister Jörg Schmidt aus seinem Lieblingsbuch vorgelesen.

Karin Vögele

### ORTSVERBAND HERBOLZHEIM

#### Patientenverfügung und Sterbebegleitung

Zu diesem ernsten Thema lud der Familienverband in die Aula der Emil-Dörle Realschule ein.

Betrachtungen aus ärztlicher und theologischer Sicht hieß der Untertitel des Vortrags von Dr. Götz Hauser, Gemeindepfarrer in Malterdingen und Emanuel Jauch, Facharzt für Allgemeinmedizin und Notfallmedizin, niedergelassen in Kenzingen.

Immer abwechselnd führten die beiden Referenten die ungefähr 50 Zuhörer durch das komplexe Themenfeld. Wichtig war den beiden dabei, dass die Zuhörer mutig und gestärkt nach Hause gehen und vielleicht sogar mit dem neu gewonnenen Wissen nun Dinge angehen, die möglicherweise bei den letzten Schritten des Lebens wichtig sind. Insbesondere zum Thema Patientenverfügung gab es einige Überraschungen. Wenn der Patient seinen freien Willen

nicht mehr äußern kann, hat der Wille seines Partners oder seiner nächsten Angehörigen keine juristische Bedeutung. Deshalb ist eine Patientenverfügung immens wichtig. Auch hier steckt der Teufel im Detail, zumal es in Deutschland im Gegensatz zu beispielsweise Österreich noch keine verbindliche gesetzliche Regelung gibt. Immerhin gibt es einen Leitfadens vom Bundesjustizministerium, an dem man sich orientieren kann. Hilfe gibt es dafür bei einigen Anlaufstellen wie zum Beispiel dem Familienverband, den Pflegediensten, den Hospizen, den Pfarrämtern und anderen. Als Essenzen gaben Hauser und Jauch den Menschen mit auf den Weg, eine Verfügung niemals im stillen Kämmerlein zu verfassen, sondern im Gespräch mit den am Sterbeprozess beteiligten Personen.

#### DFV-BREISGAU

- 22.03.2009: 11-16 Uhr Kindersachenmarkt  
KIOSK-Rieselfeld
- 04.05.2009 20 Uhr Mitgliederversammlung,  
Ort: AGF, Schlossbergring 8a, Freiburg
- 14.06.2009 10 -16 Uhr, Familienwanderung,  
Münstertal
- 20.09.2009 14 -18 Uhr, Weltkindertag im Seepark

### Kreis- und Ortsverbände des Deutschen Familienverbandes Baden-Württemberg e.V.

#### KV Böblingen e.V.

Vorsitzender: Gunter Reimann  
71277 Rutesheim, Hegelstr. 22  
Tel. 07152 - 5 37 39  
Gunter.Reimann@t-online.de

#### KV Breisgau e.V.

Vorsitzender: Martin Sarcoli  
79111 Freiburg, Heckerstr. 29  
Tel. 0761 - 888 97 07 (AB)  
info@dfv-breisgau.de

#### KV Emmendingen e.V.

Vorsitzender: Peter Köstel  
79348 Freiamt, Lärchenweg 7/1  
Tel. 07645 - 18 18, Fax 07645 - 91 63 54  
kreisverband@dfv-kreis-emmendingen.de

#### KV Esslingen e.V.

Vorsitzender: Vera Morlok-Gommel  
73274 Notzingen, Neuffenstr. 14  
Tel. 07021 - 4 75 25  
mo-gommel@t-online.de

#### OV Freiamt e.V.

Vorsitzende: Heidi Reinbold  
79348 Freiamt, Unterer Schutzhof 7  
Tel. 07645 - 14 44, Fax 07645 - 14 45  
freiamt@dfv-kreis-emmendingen.de

#### OV Herbolzheim e.V.

Vorsitzende: Rita Schmid  
79336 Herbolzheim, Friedrichstr. 39  
Tel. 07643 - 14 66  
rita\_schmid@online.de

#### KV Konstanz e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel  
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18  
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81  
Herbert.Bruttel@t-online.de

#### OV Konstanz e.V.

Vorsitzende: Sabine Geistler  
78467 Konstanz, Thomas-Sättele-Str. 39  
Tel. 07531 - 18 94 76, Fax 07531 - 18 94 76  
Sabine.Geistler@D-Angelo.de

#### OV Radolfzell e.V.

Vorsitzende: Karin Vögele  
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 4  
Tel. 07732 - 822 85 14  
k.voegel@manz-immo.de

#### RV Rhein-Neckar-Odenwald e.V.

Vorsitzende: Silke Wanitschke  
74939 Zuzenhausen, Leiergasse 6  
Tel. 06226 - 99 17 26  
Mue\_ke@t-online.de

#### Friedrichshafen

Kontaktadresse: Regina Berner-Kerst  
88677 Markdorf, Bergheimerstr. 28  
Tel. 07544 - 74 34 30, Fax 07544 - 74 34 80

#### Raum Stuttgart-Neckar

Kontakt über die Landesgeschäftsstelle  
79111 Freiburg, St. Georgener Str. 10  
Tel. 0761 - 470 27 95, Fax 0761 - 151 78 30  
post@dfv-baden-wuerttemberg.de

#### DFV Landesverband e.V.

Vorsitzender: Uto R. Bonde  
79111 Freiburg, St. Georgener Str. 10  
Tel. 0761 - 470 27 95, Fax 0761 - 151 78 30  
post@dfv-baden-wuerttemberg.de  
www.dfv-baden-wuerttemberg.de

#### DFV Bundesverband e.V.

10117 Berlin, Luisenstr. 48  
Tel. 030 - 30 88 29 60, Fax 030 - 30 88 29 61  
zentrale@deutscher-familienverband.de  
www.deutscher-familienverband.de

#### Impressum

Die FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen dreimal im Jahr und sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber:** Deutscher Familienverband Landesverband Baden-Württemberg e.V.

St. Georgener Str. 10, 79111 Freiburg  
Tel. 0761/470 27 95, Fax 151 78 30  
post@dfv-baden-wuerttemberg.de  
www.dfv-baden-wuerttemberg.de

**Redaktion:** Uto R. Bonde

**Bildnachweis:** H. Gress - Titelcollage

**Bankverbindung:** Volksbank Freiburg, BLZ 680 900 00, Kto 15 967 609. Der DFV ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

**Produktion:** Die MarketingMacher, Freiburg (Satz & Layout); Franz Weis GmbH, Freiburg (Druck)

Die nächsten FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen am 20. Juli 2009.

Redaktionsschluss ist am 10. Juli 2009.



# UNSERE WERTE UNSERE WÜNSCHE

## UNSERE BANK: VOLKSBANK FREIBURG

Einzigartig: Eine Bank, die dieselben Werte und Interessen vertritt wie ihre Mitglieder und das seit über 140 Jahren. Viele Argumente sprechen dafür:

- In Ihrer Nähe mit mehr als 40 Filialen
- Eine starke Gemeinschaft
- Regional verwurzelt und engagiert
- Vertrauensvolle Begleitung in allen Lebenslagen

Sie möchten Teil dieser starken Gemeinschaft werden? Dann fragen Sie gleich in einer Filiale der Volksbank Freiburg und profitieren auch Sie von dieser einzigartigen Idee!

Volksbank**direct**  
[www.volksbank-freiburg.de](http://www.volksbank-freiburg.de)  
Service-Telefon 07 61-21 82-11 11  
Mo-Fr 08:00-20:00 Uhr

 **Volksbank  
Freiburg**  
Schwarzwald Breisgau Kaiserstuhl